

Unterrichtung

**durch die Delegation des Deutschen Bundestages in der
Ostseeparlamentarierkonferenz**

**22. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz vom 25. bis 27. August 2013
in Pärnu, Estland**

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I Zusammenfassung	2
II Konferenzeröffnung	2
III Erster Sitzungsabschnitt „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“	3
IV Zweiter Sitzungsabschnitt Wirtschaftswachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in der Ostsee region „Vision 2050 – Welche Innovation braucht die Region, um zukunftsfähig zu werden?“	5
V Dritter Sitzungsabschnitt „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“	6
VI Vierter Sitzungsabschnitt „Kreative Ostseeregion – Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für kreatives Unternehmertum“	7
VII Berichterstatte der Arbeitsgruppen	7
VIII Verabschiedung der Konferenzresolution und Wahl des Vorsitzenden	8
IX Verabschiedete Konferenzresolution	9

I Zusammenfassung

Die 22. Jahrestagung der Ostseeparlamentarierkonferenz (*Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC*) fand vom 25. bis 27. August 2013 in Pärnu, Estland, statt. Der Delegation des Deutschen Bundestages gehörten folgende Mitglieder an:

- Abgeordneter **Franz Thönnies** (SPD), Delegationsleiter
- Abgeordneter **Jürgen Klimke**, (CDU/CSU)
- Abgeordnete **Dr. Christel Happach-Kasan** (FDP)
- Abgeordneter **Herbert Behrens** (DIE LINKE.)

An der 22. Jahrestagung der BSPC nahmen Parlamentarierinnen und Parlamentarier der nationalen und regionalen Parlamente der elf Ostseeanrainerstaaten, des Ostseerates, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments sowie Vertreter der Europäischen Kommission, der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und zahlreiche Beobachter von Nichtregierungsorganisationen, Universitäten und anderen Vereinigungen teil.

Das übergeordnete Thema der Konferenz lautete „Nachhaltige Innovation für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft in der Region“. Die Delegierten befassten sich in vier Sitzungsabschnitten mit den Themen „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“, Wirtschaftswachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion „Vision 2050 – Welche Innovation braucht die Region, um zukunftsfähig zu werden?“, „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“ und „Kreative Ostseeregion – Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für kreatives Unternehmertum“. Die Delegierten verabschiedeten am letzten Konferenztag einstimmig die unter Punkt IX abgedruckte Resolution.

Im Mittelpunkt der 22. BSPC stand die Frage, wie die Innovationsförderung in den Ostseeanrainerstaaten verbessert werden könne, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

II Konferenzeröffnung

Die Konferenz wurde von der Vorsitzenden der Ostseeparlamentarierkonferenz und Leiterin der Delegation des estnischen Parlaments, Abgeordnete **Laine Randjärv**, eröffnet. Sie begrüßte die Delegierten aus dem gesamten Ostseeraum und beschrieb die Konferenz als ein Forum für innovatives und fortschrittliches Denken.

Der Präsident der Republik Estland, Herr **Toomas Hendrik Ilves**, erinnerte in seiner Begrüßungsansprache an die 700-jährige Tradition der Kooperation von Ostseeanrainern, die mit der Hanse begann. Die Ostseeparlamentarierkonferenz bringe viele Akteure der Region zusammen und behandle dabei ein breites Themenspektrum, wie zum Beispiel Umwelt, Demographie und Menschenhandel. Er betonte das enorme Potential der Ostseeregion; nur mit einem Zusammenschluss aller Akteure könne dieses Potential ausgeschöpft werden. In diesem Sinne wünschte er der Konferenz gute und fruchtbare Ergebnisse.

Die Präsidentin des estnischen Parlaments (Riigikogu), Frau **Ene Ergma**, stellte in ihrer Begrüßung ebenfalls die Bedeutung der Ostseeparlamentarierkonferenz heraus. Themen, die aus ihrer Sicht in der Konferenz diskutiert werden müssten, seien öffentlich-private Partnerschaften und der Umgang mit endlichen Ressourcen.

III Erster Sitzungsabschnitt „Zusammenarbeit in der Ostseeregion“

Die Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz, Abgeordnete **Laine Randjärv** (Estland), forderte in ihrem Bericht über die Aktivitäten der BSPC, dass alle Akteure im Ostseeraum intensiv zusammenarbeiten und Innovationen in sämtlichen Tätigkeitsfeldern Eingang finden müssten. Sie erwähnte beispielhaft die guten Kontakte zum Ostseerat, die sich sehr positiv entwickelten. Auch die EU-Ostseestrategie finde immer größere Beachtung; sie forderte in diesem Zusammenhang eine bessere Abstimmung mit der Strategie der Nördlichen Dimension. Frau Randjärv hob besonders die Bedeutung des Ostseejugendforums hervor, das genau wie die demokratischen Nichtregierungsorganisationen in die BSPC eingebunden werden sollte, weil diese Institutionen das Engagement der Bürger verkörperten. Dazu würden jedoch entsprechende Regelwerke und kontinuierliche finanzielle Ressourcen benötigt. Rückblickend auf ihre Präsidentschaft hob sie hervor, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten immer umfassender auf Vorschläge und Empfehlungen der Konferenz reagierten, was die Zusammenarbeit im Ostseeraum weiter stärke. Die regionale Kooperation sei nun unabdingbar, institutionelle und bürokratische Hindernisse zu überwinden und die Freizügigkeit für Bürger und Unternehmen zu verbessern. Dafür sollten sich alle Parlamentarier einsetzen.

Sergej Petrovich, stellvertretender Direktor der zweiten Europäischen Abteilung im russischen Außenministerium und Vorsitzender des Ausschusses hoher Beamter im Ostseerat, berichtete über den zu Ende gegangenen russischen Vorsitz im Ostseerat und hob als wichtigstes Ergebnis die steigende Zahl von öffentlich-privaten Partnerschaften hervor; beispielhaft nannte er hier die Müllverwertungsanlage in Sankt Petersburg. Wichtige Aspekte während des russischen Vorsitzes seien die Bereiche Jugendarbeit und Umweltschutz gewesen, wo man ebenso wie beim Abbau von Visumsbeschränkungen vorangekommen sei. Rückblickend auf die 21. Ostseeparlamentarierkonferenz in Sankt Petersburg verwies er auf die Umsetzung der in der Schlussresolution geforderten Maßnahmen durch Russland.

Satu Mattila, Vertreterin des finnischen Außenministeriums, erinnerte an die Übernahme der finnischen Präsidentschaft im Ostseerat im Juni 2013, der im Jahr 2014 Estland folgen werde. Sie hob die Kooperation mit den Parlamentariern als besonders wichtig hervor. Als Hauptthemen der finnischen Präsidentschaft benannte sie die Meeressicherheit mit den Aspekten *clean shipping* und alternative Kraftstoffe, die zivile Sicherheit mit den Aspekten Handhabung von Unfällen auf See und in Küstennähe sowie den sozialen Dialog, in dem es um menschenwürdige Arbeitsbedingungen und Mobilität gehen müsse. Sie forderte eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Helsinki Kommission für den Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum (HELCOM) und der BSPC, da nur durch deren Interaktion Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Akteuren geschaffen werden könnten.

Darya Akhutina, Vorsitzende des Forums der Nichtregierungsorganisationen in der Ostseeregion, betonte die Förderung der Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft, Regierungen, Parlamenten und Regionen. Sie verwies auf das Baltic Sea Forum im April 2013 in Sankt Petersburg mit dem Thema „Toleranz und kulturelle Vielfalt im Ostseeraum“, dessen Schlusserklärung wegweisende Empfehlungen und Vorschläge enthalte. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft müsse auch politisch unterstützt werden, da nur so die Teilnahme der Bürger an Entscheidungsprozessen gewährleistet werde. Insofern forderte sie die Aufnahme einer humanen Dimension in das EU-Programm zur Ostseestrategie. Die 57 Millionen Einwohner des Ostseeraums sollten gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um abgestimmte Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden. Hierfür würden konkrete personelle und finanzielle Maßnahmen benötigt. Abschließend richtete sie den Blick auf das XII. Ostsee-NRO-Forum, das Anfang Juni 2014 in Finnland stattfinden werde.

Monika Stankiewicz, Vertreterin von HELCOM, gab in ihrem Beitrag einen Überblick über Fortschritte bei der Umsetzung des Ostsee-Aktionsplans und betonte dabei die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen HELCOM und BSPC. Zu den Aufgaben des Ministertreffens zählte sie Fortschritte bei der geplanten Verbesserung der Wasserqualität der Ostsee, bei der Erhöhung der Sicherheit im Schiffsverkehr und bei der Verhinderung der weiteren Eutrophierung der Ostsee. Insbesondere die Gesundung der Ostsee sei ein Anliegen von HELCOM, wofür Finanzierung und Unterstützung notwendig seien. Sie lud Vertreter der BSPC zum nächsten Ministertreffen von HELCOM ein.

Pat the Cope Gallagher, berichtete als Vertreter des Europäischen Parlaments über die Fortschritte bei der EU-Ostseestrategie sowie über die Zusammenarbeit im Rahmen der Nördlichen Dimension und hob dabei als wichtigste Ziele die Weiterentwicklung der Region sowie die Verbesserung der Umwelt hervor. Die enge Zusammenarbeit mit Russland spiele dabei eine entscheidende Rolle. Deshalb solle auch im Rahmen der Nördlichen Dimension die gleichberechtigte Partnerschaft zwischen der EU, Russland, Island und Norwegen weiter ausgebaut werden. Das Europäische Parlament freue sich auf die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit den Parlamentariern der Ostseeregion, wodurch Synergien gefördert und Doppelarbeit vermieden würden.

Lars Kascha, Vertreter des Ostseejugendforums, richtete zunächst seinen Dank an das Land Schleswig-Holstein und das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, die die Fortsetzung des Jugendforums erst ermöglicht hätten. Der strukturierte Dialog von Vertretern regionaler, nationaler und internationaler Jugendorganisationen wirke dem Eindruck vieler Jugendlicher entgegen, keiner interessiere sich für ihre Meinung, und sie würden nicht in Entscheidungen eingebunden. Vielmehr gebe diese Plattform Jugendlichen eine Stimme. Er äußerte seine Sorge, dass die Finanzierung des Sekretariats des Ostseejugendforums über 2013 hinaus noch nicht sichergestellt sei, erklärte aber, dass er auf eine positive Klärung dieser Frage auf der Konferenz hoffe.

Plenardebatte

In der anschließenden Plenardebatte bat die ukrainische Abgeordnete **Olena Netetska** als Vizepräsidentin der Parlamentarischen Versammlung der Schwarzmeereswirtschaftskooperation (PABSEC) um eine enge Zusammenarbeit beider Organisationen und verwies auf den gegenseitigen Beobachterstatus. Sie lud Vertreter der

BSPC zur nächsten Konferenz der PABSEC im Dezember 2013 nach Tiflis ein. Abgeordneter **Benny Engelrecht** (Dänemark) äußerte seine Besorgnis darüber, dass Menschen in der Ostseeregion unter sexueller Diskriminierung litten und in Mitgliedstaaten der BSPC Gesetze erlassen würden, die Vorurteile stärkten und Hass schürten. Er forderte zur Beachtung der Menschenrechte auch in dieser Hinsicht auf, verwies auf die Resolution 1948 der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und unterstrich, auch die BSPC als Forum zu nutzen, um derartige Diskriminierungen zu unterbinden.

Abgeordnete **Sylvia Bretschneider** (Präsidentin des Landtags Mecklenburg-Vorpommern) lobte die beispielgebend gute Zusammenarbeit zwischen der Regierungsorganisation HELCOM und dem Parlamentarierforum BSPC. Konkrete Forderungen der BSPC würden sich im Text der HELCOM-Erklärung wiederfinden.

Abgeordneter **Franz Thönnies** (Deutscher Bundestag) dankte Herrn Petrovich und Frau Mattila für deren Berichte über die russische und finnische Präsidentschaft im Ostseerat und für die Kontinuität in ihrer Schwerpunktsetzung, wie den öffentlich-privaten Partnerschaften. Er forderte die finnische Präsidentschaft auf, eine Jugendkonferenz durchzuführen, um die Bedeutung des Ostseejugendforums für die Zusammenarbeit im Jugendbereich anzuerkennen und dessen Arbeit zu unterstützen. Er begrüßte die angestrebte Arbeitsmarktkonferenz, die den Drei-Parteien-Dialog zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Politik fortführe. Außerdem sagte Abgeordneter Thönnies, dass die Verfassungen der Mitgliedstaaten und internationale Verträge den Rahmen für die Tätigkeiten von Nichtregierungsorganisationen bildeten. Allerdings erfülle es ihn mit Sorge, wenn Nichtregierungsorganisationen per Gesetz dazu angehalten würden, sich als ‚ausländische Agenten‘ zu bezeichnen und Minderheiten – gleich ob ethnisch, religiös, politisch oder wegen ihrer sexuellen Orientierung – in ihren gesellschaftlichen Aktivitäten behindert würden. Darüber müsse offen diskutiert und die Positionen ausgetauscht werden. Gleichzeitig gab er seiner Hoffnung Ausdruck, dass es im Rahmen der aktuellen Präsidentschaft Finnlands bei der nächsten Konferenz der Nichtregierungsorganisationen zu einem intensiven Erfahrungsaustausch über diese Themen kommen werde.

IV Zweiter Sitzungsabschnitt Wirtschaftswachstum, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion „Vision 2050 – Welche Innovation braucht die Region, um zukunftsfähig zu werden

Im zweiten Sitzungsabschnitt sprachen die Sachverständigen **Prof. Erik Terk**, Estnisches Institut für Zukunftsstudien der Universität Tallin, **Heikki Uusi-Honko**, Firma Nordic Innovation, **Dr. Silvia Stiller**, Weltwirtschaftsinstitut Hamburg, **Dr. Andris Andrusaitis**, Sekretariat von BONUS, **Jari Kaivo-Oja**, Finnisches Zentrum für Zukunftsforschung der Universität Turku sowie **Björn Söderberg**, AccelerateLife, über die Notwendigkeit von Innovationen zum Erhalt und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion. Sie betonten, dass im Ostseeraum ein hohes Wirtschafts- und Innovationspotential vorhanden sei, das jedoch noch nicht ausgeschöpft werde. Auch gebe es noch ein Ungleichgewicht hinsichtlich der Wirtschaftsleistung und der Mittel für Forschung und Entwicklung zwischen den alten Mitgliedstaaten der EU, wie Schweden, Dänemark, Deutschland und Finnland, und den neuen, wie Polen, Lettland und Litauen. Dem stehe jedoch ein sehr hohes Potential in allen Staaten des Ostseeraums gegenüber. Die Experten forderten die Politik auf, mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung vorzusehen, Innovationscluster zu fördern, die Arbeitsmärkte zu vernetzen und Mittel für den Aufbau und die Modernisierung der Infrastruktur bereitzustellen. Sie rieten außerdem dazu, starke Partnerschaften zwischen Universitäten, Forschungseinrichtungen und Regierungen zu schaffen, die auch dem Endverbraucher eine zentrale Rolle gäben. Gerade die Universitäten böten ein enormes Innovationspotential, das längst nicht ausgeschöpft sei. Die Ostseeregion solle in dieser Hinsicht eine Rolle als Modellregion in Europa übernehmen. Weitere Themen in diesem Sitzungsabschnitt waren die Vermeidung und Bekämpfung von Ölkatastrophen in der Ostsee. Hier riefen die Experten die Parlamentarier auf, sich bei den Regierungen für eine Optimierung der Transportwege einzusetzen und die Zusammenarbeit mit HELCOM zu verstärken. Der letzte Beitrag in diesem Abschnitt stellte die Herausforderungen des Gesundheitswesens in den Mittelpunkt, wie Kostensteigerungen, demographischer Wandel und die Zunahme chronischer Erkrankungen. Diesen könne nur begegnet werden, indem die Möglichkeiten der Informationstechnik noch stärker im Gesundheitswesen Eingang fänden.

Plenardebatte

In der sich anschließenden Debatte sprach sich Abgeordneter **Roger Jansson** (Åland Inseln) für eine umweltgerechte Aquakultur aus, die dem Ostseeraum nachhaltige Innovationen bringen könne.

Abgeordnete **Christel Happach-Kasan** (Deutscher Bundestag) verwies darauf, dass Innovationen wichtige Voraussetzungen für ein starkes Wachstum seien. Themen wie Gesundheit, Umwelt und Fischereiwirtschaft stellten dabei wichtige Felder dar. Allerdings sei die Ostsee durch den Eintrag von Nitraten und Phosphaten stark belastet. Die Phosphatbelastung gehe insbesondere auf Rückstände aus der Landwirtschaft und von Waschmitteln zurück. Der Ersatz von umweltschädlichen Phosphaten in Waschmitteln durch andere Zusätze erfordere Innovation, die dann auch nachhaltig sei. Sie erwähnte in diesem Zusammenhang das Beispiel des „Tomatenfischs“, einem am Leibniz-Institut für Gewässerökologie und Binnenfischerei durchgeführten und vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projekt zur nahezu emissionsfreien Gemüse- und Fischzucht in einem geschlossenen Gewächshaus.

Abgeordneter **Franz Thönnies** (Deutscher Bundestag) hob in diesem Themenkomplex drei Punkte hervor. Zunächst müsste vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und des absehbaren Fachkräftemangels Kinder an Naturwissenschaften herangeführt werden. Er berichtete in diesem Zusammenhang von der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“, die sich bundesweit für die Bildung von Kindern bereits im Kita- und Grundschulalter in den Bereichen Naturwissenschaften, Mathematik und Technik engagiere. So würden Kinder die Welt und die Phänomene des Alltags entdecken und erforschen. Die Neugier der Kinder werde genutzt, um deren Bildungschancen zu verbessern und so zur langfristigen Nachwuchssicherung in den natur- und ingenieurwissenschaftlichen sowie den technischen Berufen beizutragen. Der zweite wichtige Punkt sei ein barrierefreier Zugang zu Informationen – insbesondere dem Internet – unabhängig vom Einkommen. Als dritten Aspekt führte er die Unterstützung der Kreativwirtschaft an. Auch deren Arbeitnehmer und Selbständige müssten von ihrer Arbeit leben können. Die Schaffung guter Arbeitsbedingungen sei daher unabdingbar.

V Dritter Sitzungsabschnitt „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“

Die Vorsitzende der vor zwei Jahren gegründeten Arbeitsgruppe „Grünes Wachstum und Energieeffizienz“, Abgeordnete **Cecilie Tenfjord-Toftby** (Schweden) legte den Abschlussbericht ihrer Arbeitsgruppe vor. Sie hob die zahlreichen Initiativen und Erfolge im Bereich Grünes Wachstum hervor. Auf diesem Feld sei die Ostseeregion führend. Gleichzeitig betonte sie jedoch, dass im Bereich der Energieeffizienz noch erhebliche Defizite in manchen Regionen und Bereichen bestünden. Die Kernbotschaften des Berichts seien, dass im öffentlichen Sektor Auftragsvergaben nach grünen Aspekten erfolgen müssten und dass gemeinsame Standards in der Baugesetzgebung mit Schwerpunkt auf grünen Technologien definiert werden müssten. Außerdem sollten die nationalen Stromnetzbetreiber genauso wie die Regierungen der Ostseeanrainer verstärkt in erneuerbare Energien investieren. Hier müssten Finanzmechanismen entwickelt werden, die grünes und nachhaltiges Wachstum ermöglichen. Sie richtete ihre Bitte an die Mitglieder der Ostseeparlamentarierkonferenz, die von der Arbeitsgruppe aufgestellten Forderungen mit Leben zu erfüllen.

Es folgten Beiträge von **Timo Mäkelä**, Direktor für Internationale Angelegenheiten der Generaldirektion Umwelt bei der Europäischen Kommission, **Dr. Sonja Deppisch**, Leiterin der Forschungsgruppe Plan Baltic an der Universität Hamburg, **Florian Haug**, Firma CleanGas International, **Aire Olesk**, Europäische Raumfahrtagentur, **Jörg Neubauer**, Schwedische Energieagentur, und **Karin Nygård Skalman**, Programmdirektorin von VINNOVA, Schweden. Von den Experten wurde gefordert, dass sich die Ressourceneffizienz stark verbessern müsse. Dies sei ein zentrales Thema – auch in der 2020-Initiative der EU –, weil das Wirtschaftswachstum bei guter Ressourceneffizienz steige, die Arbeitslosigkeit dagegen sinken werde. Auch die Folgen des Klimawandels wurden in diesem Komplex behandelt. Die Sachverständigen forderten die Delegierten auf, die Folgen der Klimaveränderung nicht einzeln, sondern ganzheitlich gemeinsam mit sozial-ökonomischen Aspekten zu betrachten. Ein weiterer Beitrag beleuchtete Innovationen in der Raumfahrt am Beispiel der Erdbeobachtung, die sehr wichtige Satellitendaten auch für Entscheidungen in der Politik liefere. Erwähnt wurden das Katastrophenmanagement bei Überschwemmungen, Sonnenscheinkarten für die Entscheidung über Standorte von Solarfeldern, die Messung des Salzgehalts von Meeren und Messdaten über Wind zur Nutzung der Windenergie. In diesem Zusammenhang stand auch der Beitrag über das Potential von Offshore-Windparks. Hier gebe es in der Ostseeregion erhebliche Kapazitäten, die mit entsprechender politischer Unterstützung ein enormes Potential für die Zukunft böten. Dies erfordere ein detailliertes Screening hinsichtlich der Planung der Windparks, die Festlegung von verbindlichen Zielen über einen längeren Zeitraum (2040/2050) sowie grenzüberschreitendes Handeln.

Plenardebatte

Abgeordneter **Mikael Holmberg** (Åland Inseln) verwies darauf, dass die Windkraft bereits gegenwärtig ein Viertel des Energiebedarfs der Åland Inseln liefere und äußerte die Hoffnung, dass bald 100 Prozent des Energiebedarfs durch Windkraft gedeckt werden könnten. Das Bewusstsein für Energie- und Ressourceneffizienz müsse sowohl in privaten Haushalten wie auch in Unternehmen erheblich gesteigert werden. Grundlage hierfür sei das Wissen um die wirtschaftlichen und finanziellen Vorteile von Energieeffizienz.

Abgeordneter **Stefan Caplan** (Schweden) dankte für die Vorlage des Arbeitsgruppenberichts und forderte aufgrund dessen eine intensivere Beachtung der Probleme der Abwasserbehandlung und der Energieversorgung in Ostseehäfen. Außerdem rief er dazu auf, die Arbeit des Weltklimarates verstärkt zur Kenntnis zu nehmen.

Abgeordneter **Roger Jansson** (Åland Inseln) dankte ebenfalls für die Berichterstellung und hob den Zweck des Berichts hervor, kreative Lösungen für Grünes Wachstum zu finden. Die Politiker müssten die Kluft zwischen öffentlichen und privaten Investitionen überwinden und ihren Worten endlich Taten folgen lassen.

Senator **Ryszard Górecki** (Polen) forderte, in die Debatte um Grünes Wachstum und Energieeffizienz auch die Universitäten einzubinden. An vielen Hochschulen würden hierzu bereits interessante Projekte entwickelt, die eine größere Aufmerksamkeit verdienen.

VI Vierter Sitzungsabschnitt „Kreative Ostseeregion – Die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen für kreatives Unternehmertum

Im vierten Sitzungsabschnitt sprachen die Experten **Deborah Dawton**, Präsidentin des Europäischen Designverbandes, **Prof. Dr. Peter A. Bruck**, World Summit Award in eContent & Creativity, **Priit Salumaa**, Garage 48 Foundation und **Mikael Sjöval**, Nordische Umweltfinanzierungsgesellschaft, über kreative und wirtschaftlich erfolgreiche neue Unternehmensideen in der Ostseeregion sowie über Finanzierungsmöglichkeiten für junge und innovative Unternehmen. In ihrem Vortrag hob die Präsidentin des Europäischen Designverbandes den Wert des Designs eines Produktes hervor und nannte als Beispiel die Form von Flugzeugsitzen zur Senkung des Kohlendioxidausstoßes von Flugzeugen. Vorgestellt wurden außerdem neue Software Ideen aus den Bereichen e-government, e-health, Bildung und Tourismus, die in den baltischen Staaten entwickelt wurden. Neben einem Designer, der ein Produkt attraktiv aussehen lassen müsse, sollte ein Unternehmen über einen guten Verkäufer und einen guten Manager verfügen, der eine Vision für das Produkt haben müsse und das Marketing dafür übernehme. Dies genüge für die Umsetzung einer Idee und damit für die Entstehung eines Start-Up-Unternehmens. Die Politik wurde aufgefordert, Rahmenbedingungen für die Entstehung einer solchen Start-Up-Kultur zu schaffen. Die Bekämpfung der Verschmutzungen in der Ostsee wurde als Herausforderung und gleichzeitig als Chance für die Entwicklung neuer Geschäftsideen gewertet. Beispielhaft wurden die Reduzierung des Methanolausstoßes in der Schifffahrt, die Umwandlung von behandeltem Geflügelmist in Biogas und Dünger sowie die Verbesserung des Sauerstoffgehalts der Ostsee genannt.

VII Berichterstatter der Arbeitsgruppen

Integrierte maritime Politik

Abgeordneter **Jochen Schulte** (Landtag Mecklenburg-Vorpommern) und Abgeordneter **Roger Jansson** (Åland Inseln), Berichterstatter der Arbeitsgruppe für integrierte maritime Politik, verwiesen in ihrem Beitrag auf eine Reihe von Veranstaltungen, an denen sie teilgenommen hätten und auf legislative Maßnahmen und Entwicklungen, die seit ihrem letzten Bericht in Sankt Petersburg erfolgt seien. Im April 2013 habe eine Konferenz zur Wettbewerbsfähigkeit der maritimen Wirtschaft in der Ostseeregion im Schweriner Landtag stattgefunden, bei der Wachstumsbereiche wie nachhaltige Schiffstechnologien, alternative Antriebssysteme und Treibstoffe, Technologien zur Effizienzsteigerung und Emissionsreduzierung sowie Sicherheitssysteme diskutiert worden seien. Auch die Verschärfung von internationalen Umweltauflagen ab dem Jahr 2015 seien hier kritisch thematisiert worden. So gebe es einige Reedereien, die Teile ihres Netzes hätten verkaufen müssen, um die umweltfreundliche Umrüstung ihrer restlichen Flotte zu finanzieren. Auf der Konferenz seien verschiedene EU-Fördermittel für die maritime Wirtschaft vorgestellt worden, unter anderem das Horizont 2020-Forschungsprogramm, von dem zum Teil auch Nicht-EU-Anrainer profitieren könnten. Insgesamt könnten allerdings die notwendigen Investitionen für die ab 2015 beziehungsweise 2016 oder 2021 geltenden Umweltauflagen nicht allein durch die Reedereien erfüllt werden. Die Berichterstatter begrüßten deshalb die gemeinsamen

Bestrebungen der einschlägigen Ostseeorganisationen, hier nach praktikablen technischen wie auch finanziellen Hilfsmaßnahmen und Lösungen zu suchen.

Menschenhandel

Abgeordneter **Johan Linander** (Schweden) verwies auf die 2010 von der BSPC gegründete Arbeitsgruppe Menschenhandel und die weitere Umsetzung der im Bericht ausgesprochenen Empfehlungen. Der Menschenhandel sei nicht rückläufig, und es sei inakzeptabel, dass Menschen wie Sklaven behandelt würden. Er nannte im Folgenden die Ziele und Empfehlungen der Arbeitsgruppe zur Bekämpfung des Menschenhandels: In jedem Mitgliedstaat müsse ein unabhängiger Koordinator berufen werden, an den sich Opfer wenden könnten. Es müssten Aktionspläne geschaffen werden, wodurch auch die Nachfrage nach dem „Produkt Mensch“ gestoppt würde. Die Mitgliedstaaten müssten die soziale Verantwortung für Opfer von Menschenhandel übernehmen und ihre Hilfen für diese verbessern, beispielsweise müsse auf Wunsch deren Verbleib im Land sichergestellt sein. Die Kriminalitätsbekämpfung müsse effizienter werden, hier seien auch internationale Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Ermittlungen notwendig. Deshalb forderte er außerdem eine gemeinsame grenzüberschreitende Finanzierung der Ermittlungsbehörden.

VIII Verabschiedung der Konferenzresolution und Wahl des Vorsitzenden

Zum Abschluss der Konferenz wurde die erarbeitete Konferenzresolution einstimmig und ohne Enthaltungen verabschiedet. Ferner wurde eine neue Arbeitsgruppe der BSPC mit dem Titel „Innovationen für soziales Wohlergehen und Gesundheitsversorgung“ gegründet. Ebenso wurde das Arbeitsprogramm 2013-2014 verabschiedet. Die Vorsitzende der Ostseeparlamentarierkonferenz Abgeordnete **Laine Randjärv** (Estland) dankte allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihre Beiträge.

Zum neuen Vorsitzenden wurde der polnische Senator **Ryszard Górecki** gewählt. Er dankte für seine Wahl und lud zur 23. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. bis 26. August 2014 in die Hauptstadt der Masuren nach Olsztyn, Polen, ein.

Berlin, den 28. November 2013

Franz Thönnies, MdB

Delegationsleiter

IX Verabschiedete Konferenzresolution

Die Teilnehmer, die gewählten Vertreter der Staaten der Ostseeregion*, die am 26. und 27. August 2013 in Pärnu (Estland) zusammengekommen sind,

die Themen "Zusammenarbeit in der Ostseeregion", "Wirtschaftswachstum und Innovationen", "grünes und blaues Wachstum" und "kreatives Unternehmertum" erörternd,

unter Betonung der Bedeutung der parlamentarischen Dimension der Zusammenarbeit in der Ostseeregion und in der Feststellung, dass diese die demokratische Legitimität der Zusammenarbeit stärkt,

unter Bekräftigung ihres Bekenntnisses zu den Grundsätzen der nachhaltigen ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und an die Regierungen appellierend, sich ernsthaft und entschlossen um die Umsetzung des HELCOM-Ostseeaktionsplans zu bemühen,

unter Betonung der für beide Seiten nützlichen Interaktion zwischen dem Ostseerat und der Ostseeparlamentarierkonferenz auf allen Ebenen und in allen Bereichen und unter Anerkennung der Tatsache, dass eine enge Koordinierung zwischen Legislative und Exekutive die Umsetzung von Programmen und Projekten zugunsten der Ostseeregion und ihrer Bürgerinnen und Bürger begünstigen wird,

fordern die Regierungen der Ostseeregion, den Ostseerat und die EU auf,

in Bezug auf die Zusammenarbeit in der Region

1. für die effektive und systematische Umsetzung der gemeinsam auf der Grundlage regionaler Strategien und politischer Maßnahmen festgelegten prioritären Projekte in der Ostseeregion zu sorgen und dabei regionale Kooperationsstrukturen wie die Nördliche Dimension und Regionalräte zu nutzen;
2. sich nachhaltig für die Förderung der Mobilität innerhalb der Region einzusetzen, insbesondere durch die Bekämpfung bürokratischer und physischer Hürden wie Zollbestimmungen und -verfahren und Visabeschränkungen zwischen Schengen-Staaten und Nicht-Schengen-Staaten;
3. unverzüglich weitere Maßnahmen zur Reduzierung der Eutrophierung und Verschmutzung der Ostsee zu treffen, vor allem durch gemeinsame Anstrengungen zur Verbesserung der Kapazitäten für die Aufbereitung von Abwässern;
4. die Gründung und Tätigkeit demokratischer nichtstaatlicher Organisationen in der Ostseeregion zu unterstützen und ihre internationale Zusammenarbeit und Aktivitäten politisch und finanziell zu unterstützen;
5. die Bedeutung des Ostsee-Jugendsekretariats für die Zusammenarbeit im Jugendbereich in der Ostseeregion anzuerkennen und dessen Arbeit sowie die Einsetzung eines jährlich stattfindenden Ostsee-Jugendforums zu unterstützen und in diesem Zusammenhang auch den Beschluss des XI. Ostsee-NRO-Forums zur Schaffung eines Ostsee-Jugendnetzwerks zu unterstützen sowie darüber hinaus die Notwendigkeit der kontinuierlichen Stärkung und Gewährleistung effektiver Methoden und Lösungen für eine verbesserte Zusammenarbeit hervorzuheben;
6. die zentrale politische Stellung des Ostseerates in der Ostseeregion im Hinblick auf die Schaffung und Umsetzung einer gemeinsam vereinbarten strategischen Vision für die Region auf bestmögliche Weise zu nutzen;

in Bezug auf Wachstum, Innovationen, Kreativität und Unternehmertum in der Ostseeregion

7. Aufklärungsmaßnahmen im Hinblick auf die Notwendigkeit von Innovationen für die nachhaltige Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der Region zu initiieren und zu unterstützen und dabei einen umfassenden Ansatz zu verfolgen, der Innovationen als wichtiges Element bei der Herstellung von Waren und Bereitstellung von Dienstleistungen anerkennt;
8. ein günstiges Innovationsklima zu fördern, beispielsweise durch die Entwicklung nationaler Innovationsprogramme und -strategien und durch die Aufforderung an öffentliche Organisationen und Behörden, Aktionspläne für innovatives Management und innovative Geschäftstätigkeit zu verabschieden;
9. innovatives Wissen und innovative Fertigkeiten in Grundschulen und weiterführenden Schulen, Berufsausbildung und Studium beispielsweise dadurch zu fördern, dass das Thema "Innovation" einen höheren Stellenwert in den Lehrplänen erhält und Ressourcen für Grundlagenforschung und -entwicklung bereitgestellt werden;
10. den demographischen Wandel auch als Quelle für Innovationen zu betrachten, wobei besonderes Augenmerk auf die Entwicklung und Vermarktung barrierefreier Angebote und Dienstleistungen gerichtet werden sollte;
11. Maßnahmen zur Gewährleistung eines geeigneten Regulierungsumfelds zu treffen, der Innovationen fördert und bürokratische Hemmnisse beseitigt;
12. die Kreativwirtschaft als Motor von Wachstum und Beschäftigung zu fördern;
13. steuerliche Anreize für Innovation zu schaffen, z.B. Steuererleichterungen zur Stimulierung der Gründung und des Wachstums innovativer Unternehmen und Dienstleistungen;
14. zwecks Stärkung der maritime Wirtschaft zu prüfen, ob und wie (gegebenenfalls) wirtschaftliche Anreize für die Flottenmodernisierung in Betracht gezogen werden können;
15. die Verfügbarkeit von und den Zugang zu Mitteln und Anschubfinanzierungen zur Unterstützung innovativer Initiativen und Unternehmen zu gewährleisten und die Entwicklung bankfähiger Projekte im Bereich Innovation zu fördern;
16. die Bedeutung von Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor in der Ostseeregion zur Kenntnis zu nehmen und die Einsetzung der Pilot-Finanzinitiative des Ostseerates (*CBSS Pilot Financial Initiative*, PFI) als neuen Mechanismus der Partnerschaft zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu begrüßen und die Finanzinstitutionen in der Region aufzufordern, sich der PFI anzuschließen;
17. Synergien und Mehrwert durch den Ausbau der interregionalen Zusammenarbeit im Bereich Innovationen in der Ostseeregion zu nutzen, beispielsweise durch die Unterstützung von Mobilität und Verbreitung von Wissen und Innovationsnetzwerken und -clustern (innerhalb bestimmter Sektoren und sektorübergreifend);
18. Maßnahmen zur Freisetzung des im Küsten- und Meeresbereich vorhandenen Potenzials zu treffen, was zu nachhaltigen Wachstums- und Beschäftigungschancen führt;
19. Innovationen, Wachstum und Zusammenarbeit in der maritimen Wirtschaft zu stärken, beispielsweise durch die Unterstützung von Forschung und Entwicklung in Meerestechnologien wie alternativen Antriebssystemen sowie im Bereich der neu entstehenden maritimen Sektoren wie der blauen Biotechnologien, Aquakultur und Offshore-Energie, durch Förderung der interregionalen Zusammenarbeit in der

- Schifffahrt und im Schiffsbau und Entwicklung von Logistik und Infrastruktur, beispielsweise im Hinblick auf die Bereitstellung von Flüssiggas (LNG) und Strom in den Ostseehäfen;
20. das Unternehmertum und eine gemeinsame transnationale Kooperationsplattform für den Tourismus zu fördern, da der Tourismus ein Sektor ist, der erheblich zu Innovation und Wachstum in der Ostseeregion beitragen kann, und darüber hinaus den Schwerpunkt auf den Küsten- und Meerestourismus zu legen;
 21. Maßnahmen zur Harmonisierung des Arbeitsmarkts und der Sicherheitsstandards für Beschäftigte in der Kreativwirtschaft zu treffen und Aktionspläne für mehr Transparenz, Toleranz und Vielfalt in der Gesellschaft als Schlüsselemente für die Kreativwirtschaft auf den Weg zu bringen;
 22. sich dafür einzusetzen, dass die Transformation in eine wissensbasierte Gesellschaft nicht auf Kosten des wirtschaftlichen Fortschritts oder der Lebensbedingungen in städtischen und ländlichen Gebieten geschieht, z.B. durch die Förderung von Innovationsclustern in den Städten und auf dem Land;
 23. die Finanzierung von Projekten, die sich mit dem Thema "Kultur und kulturelle Identität" befassen, und Modellprojekte in der Kreativwirtschaft zu unterstützen;

in Bezug auf grünes Wachstum und Energieeffizienz

24. die Maßnahmen zur Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins im Hinblick auf die Frage zu verstärken, inwieweit grünes Wachstum und Energieeffizienz das Sozialsystem und die wirtschaftliche Entwicklung in der Region unterstützen können;
25. die Zusammenarbeit bei der Entwicklung gemeinsamer technischer Standards und Bauordnungen, die die Qualität von Bauten, gemeinsamer Regeln für die Anerkennung und Evaluierung von Sachverständigen für Baubewertung und gegebenenfalls gemeinsamer Kriterien für ein grünes öffentliches Beschaffungswesen zu stärken, um einen größeren Markt für neue Produkte und innovative Lösungen zu schaffen, die grünes Wachstum unterstützen;
26. die Maßnahmen der nationalen Netzbetreiber zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Verknüpfung nationaler Leitungen in Abstimmung mit Vereinbarungen auf erweiterter europäischer Ebene zu unterstützen und zu verstärken, um Investitionen in die Produktion erneuerbarer Energien – auch im Offshore-Bereich – zu unterstützen und zur Energieversorgungssicherheit beizutragen;
27. Finanzierungsprogramme weiterzuentwickeln und umzusetzen, die grünes Wachstum und Energieeffizienz fördern, und rechtliche Bestimmungen zu entwickeln, die die innovative Finanzierung von Energieeffizienzinvestitionen in Infrastruktur, Unternehmen und Gebäuden unterstützen;
28. die Entwicklung neuer sauberer Technologien zu fördern und die Nutzung der besten derzeit vorhandenen Technologien zu unterstützen, um die Sicherheit im Seeverkehr zu verbessern und saubere Treibstoffe sowie energieeffiziente Lösungen für den Land- und Seetransport in der Ostseeregion zu entwickeln;
29. vor dem Hintergrund der bevorstehenden Verschärfung der Grenzwerte für Schwefelemissionen in den Schwefelemissions-Kontrollzonen die Bemühungen der Helsinki-Kommission zur Gründung einer "Plattform für grüne Technologie und alternative Treibstoffe im Bereich der Seeschifffahrt" ("Green Technology and Alternative Fuels Platform for Shipping") zu unterstützen;
30. die Resultate der Konferenz der Staatsoberhäupter der Ostseestaaten zum Umweltschutz (St. Petersburg, 5. bis 6. April 2013) im Rahmen des russischen Vorsitzes im Ostseerat als wichtigen Schritt in Richtung Umweltsanierung in der Ostseeregion zu begrüßen;

in Bezug auf den Menschenhandel

31. die zehn Empfehlungen der Berichterstatter über Menschenhandel der Ostseeparlamentarierkonferenz aufzugreifen, die in ihrem der 22. in Pärnu (Estland) vorgelegten Abschlussbericht zu finden sind.

Darüber hinaus beschließt die Konferenz,

32. eine Arbeitsgruppe "Innovationen für soziale Betreuung und Gesundheitsversorgung" einzusetzen, die im Rahmen der 23. Ostseeparlamentarierkonferenz einen ersten Bericht vorlegen soll;
33. die Arbeit des IPCC in Bezug auf den bevorstehenden Fünften Sachstandsbericht (AR5) zur Kenntnis zu nehmen und über dessen Auswirkungen auf die Ostseeregion zu beraten;
34. das Arbeitsprogramm der Ostseeparlamentarierkonferenz für 2013/2014 anzunehmen;
35. das freundliche Angebot des Parlaments der Republik Polen, die 23. Ostseeparlamentarierkonferenz vom 24. bis 26. August 2014 in Olsztyn auszurichten, dankbar zu begrüßen.

* Die Parlamente der Freien und Hansestadt Bremen, Dänemarks, Estlands, Finnlands, der Bundesrepublik Deutschland, der Freien und Hansestadt Hamburg, Islands, der Republik Karelien, Lettlands, Litauens, Mecklenburg-Vorpommerns, Norwegens, Polens, des Föderationsrats der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Staatsduma der Bundesversammlung der Russischen Föderation, der Stadt St. Petersburg, Schleswig-Holsteins, Schwedens, der Åland-Inseln, der Baltischen Versammlung, des Europäischen Parlaments und des Nordischen Rates.

